

Antrag 2025/A/2**AfA RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission und Überweisung an den Bundesparteitag****Faire Arbeit, mehr Tarifbindung und soziale Gerechtigkeit – mit den Menschen politisch Handeln und den Wandel gestalten**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
 2 In einer Zeit, in der soziale Ungleich-
 3 heit und wirtschaftliche Unsicherheit
 4 zunehmen, ist es unerlässlich, dass wir
 5 uns für faire Arbeitsbedingungen, eine
 6 stärkere Tarifbindung und soziale Ge-
 7 rechtigkeit einsetzen. Die Welt verändert
 8 sich vor unseren Augen, beunruhigend
 9 und verheißungsvoll zugleich. Unermess-
 10 liche globale Märkte sind entstanden,
 11 ein eifriger, wissenschaftlich-technischer
 12 Fortschritt verändert unsere Arbeitswelt,
 13 unser Leben von Grund auf. Klimawandel,
 14 Energiewende, Elektromobilität, Globa-
 15 lisierung, Industrie 4.0, Digitalisierung,
 16 Demografie, und vieles mehr verändern
 17 erheblich alle Bereiche unserer Wirtschaft
 18 und Gesellschaft.
 19 Aktuelle Krisen und Herausforderungen für
 20 Wirtschaft und Gesellschaft in unserem
 21 Land und Europa sondern haben den Struk-
 22 turwandel beschleunigt und die Unsicher-
 23 heiten vergrößert.
 24 Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise ha-
 25 ben nicht nur Probleme bei der Energie-
 26 versorgung und in Lieferketten geschaf-
 27 fen. Preissteigerungen und die seit Jah-
 28 ren sinkenden Reallöhne drücken auch die
 29 Konsumnachfrage. Prekäre Beschäftigung
 30 steigt, mit ihr die Zahl der Menschen in
 31 Armut. Menschen, angetrieben von Ängs-
 32 ten und vertrauen nicht mehr der Politik, -
 33 Fake-Nachrichten beschleunigen dies. Das

Zeile 153: die Vermögenssteuer einzufüh-
 ren, ...

streichen: ab einem Vermögen von 250
 000,00 €. Selbstgenutztes Wohneigentum
 bleibt ausgenommen.

einfügen: von 1 Prozent auf Netto-
 Vermögen ab einem Freibetrag von 1
 Million Euro. Bei sehr hohen Vermögen
 (über 1 Milliarde Euro) soll der Steuersatz
 auf 2 Prozent steigen. Selbstgenutztes
 Wohneigentum würde bis zu einem be-
 stimmten Freibetrag von dieser Steuer
 ausgenommen.

Zeile 157: eine ...

streichen: Transaktionssteuer ist einfüh-
 ren: 0,8 % auf den Handel mit Aktien und
 0,1 % für Derivate von Aktien einschließlich
 der Spotmarktgeschäfte.

einfügen: eine Finanztransaktionssteuer
 ist einzuführen, die alle Finanzmärkte,
 -produkte und -akteure einschließt.

Zeile 233: Grundfreibetrag aktualisiert:
 15.100 Euro

Zeile 236: Spitzensteuersatz aktualisiert:
 87.000 Euro

34 gefährdet unsere Demokratie. Deshalb sind
35 Reformen und Maßnahmen erforderlich,
36 um wirtschaftliche und politische Stabili-
37 tät und nachhaltige Entwicklung auf lange
38 Sicht zu gewährleisten.

39 Der Bundesfinanzminister strebt die not-
40 wendige "Rückkehr zu finanzpolitischer
41 Normalität" an. Für ihn ist scheinbar die
42 Krise vorbei, der Staat müsse nicht mehr
43 stabilisieren, sondern sparen. - Das Ge-
44 genteil ist richtig: Der Krieg in der Ukraine
45 und die Energiekrise belasten die deutsche
46 Konjunktur nach wie vor, denn die Wirt-
47 schaftsleistung bei unveränderter Geld-
48 und Fiskalpolitik wird gut 3 Prozent unter
49 dem früher erwarteten Niveau liegen.

50 Unser Land ist nach wie vor mit erheblichen
51 Krisen konfrontiert. Allein deshalb wäre es
52 sinnvoll, die Schuldenbremse erneut aus-
53 zusetzen und fiskalpolitisch gegenzusteu-
54 ern, anstatt die Rezession durch einen Spar-
55 kurs noch zu befördern. Hinzu kommen
56 die immer deutlicher werdenden Mängel in
57 der öffentlichen Infrastruktur, neue globa-
58 le Herausforderungen und der immer drän-
59 gendere sozial-ökologische Umbau.

60 Soziale Ungleichheit ist eines der größten
61 Probleme unserer Zeit und sie wächst. Wäh-
62 rend die meisten Menschen unter den Fol-
63 gen der jüngsten Krisen ächzen, profitier-
64 ten einige wenige massiv von Pandemie,
65 Inflation, steigenden Zinsen und Kriegsge-
66 schehen, so der jährliche Bericht zur sozia-
67 len Ungleichheit der internationalen Ent-
68 wicklungsorganisation Oxfam.

69 Die wachsende ökonomische Ungleichheit
70 in unserem Land wollen wir aufhalten und
71 umkehren und für mehr Gerechtigkeit sor-
72 gen! Um die brennenden sozialen, ökolo-
73 gischen und wirtschaftlichen Herausforde-

Zeile 241: Reichensteuersatz aktualisiert:
140.000 Euro

74 rungen zu meistern und die Konjunktur
75 zu stabilisieren, müssen Wandel und Kri-
76 sen sozial gerecht, wirtschaftlich vernünf-
77 tig und im Interesse der Menschen gestal-
78 tet werden. Wir werden in Zukunft noch
79 stärker dafür kämpfen müssen, dass wir
80 unserem Ziel einer menschlichen, solidari-
81 schen und vielfältigen Gesellschaft näher-
82 kommen.

83 Überlassen wir den Wandel allein den Ge-
84 setzen von Markt und Profit, wird dieser
85 Prozess nicht gelingen. Damit Arbeitsplätze
86 und Arbeitsbedingungen im Wandel nicht
87 unter die Räder geraten, bedarf es einer
88 zielgerichteten politischen Gestaltung aller
89 Prozesse. Zudem dürfen Altersvorsorge, Ge-
90 sundheit und Pflege nicht weiter der Profit-
91 maximierung und den Finanzmärkten aus-
92 geliefert werden. Sie sind Aufgabe des Sozi-
93 alstaates in Form der Erwerbstätigen- und
94 Bürgerversicherung.

95 WIR BRAUCHEN EINE NEUE STRATEGIE FÜR
96 FAIRE ARBEIT:

97 In den nächsten Jahren und Jahrzehnte
98 müssen diese dynamischen Veränderungs-
99 prozesse in geordnete Bahnen gelenkt wer-
100 den, damit sie zu fairen Lebens-und Ar-
101 beitsbedingungen der Menschen beitra-
102 gen, statt noch mehr Unsicherheit, Un-
103 gleichheit und Ungerechtigkeit auszulösen.
104 Diese bringen sozialen Zusammenhalt und
105 fördern gleichwertige Lebensbedingungen
106 in ganz Deutschland. Sie sichern die Zu-
107 kunftsfähigkeit der Wirtschaft – und damit
108 Wertschöpfung und gute und faire Arbeits-
109 plätze von morgen.

110 Der Mensch soll im Mittelpunkt stehen!
111 Reguläre Arbeitsverhältnisse mit guten Be-
112 dingungen und einer besseren Vereinbar-
113 keit von Arbeit und Leben, eine hohe

114 Tarifbindung, Qualifizierungschancen- und
115 rechte und eine starke Mitbestimmung sol-
116 len selbstverständlich sein. Eine neue Ar-
117 beitsmarktpolitik in Verbindung mit einem
118 sozial, ökologisch und demokratisch ge-
119 stalteten technologischen und demografi-
120 schen Wandel soll den Weg in eine Arbeits-
121 welt, Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen,
122 in denen die Menschen sichere Zukunfts-
123 perspektiven haben, ihr Leben verlässlich
124 und selbstbestimmt planen können, in de-
125 nen soziale Gerechtigkeit herrscht und das
126 Zusammenleben durch Weltoffenheit, Viel-
127 falt und Solidarität geformt ist.

128 WIR BRAUCHEN SOZIALE GERECHTIGKEIT:
129 Politik muss sicherstellen, dass der Wan-
130 del sozial gerecht erfolgt und niemand zu-
131 rückgelassen wird. Dazu müssen Vermö-
132 gen und Spitzeneinkommen höher besteu-
133 ert werden. Das stärkt die öffentlichen
134 Einnahmen und reduziert die soziale Un-
135 gleichheit. Dazu gehört auch die Förde-
136 rung von Aus- und Weiterbildung sowie die
137 Unterstützung von Umschulungsprogram-
138 men für Arbeitnehmer, die von Umstrukturi-
139 erungen betroffen sind.

140 Investitionen in die infrastrukturellen Rah-
141 menbedingungen des sozial-ökologischen
142 Strukturwandels werden mit den derzei-
143 tigen fiskalpolitischen Spielräumen nicht
144 zu finanzieren sein. Eine Abkehr von der
145 schwarzen Null ebenso wie eine gerech-
146 tere Besteuerung von höheren Einkom-
147 men und Vermögen müssen Grundlage ei-
148 ner nachhaltigen Investitionspolitik wer-
149 den. Wir setzen dabei auf eine höhere Be-
150 steuerung von Vermögen, Erbschaften und
151 auf einen konsequenten Steuervollzug.

152 Deshalb ist insbesondere...

153 – die Vermögenssteuer einzuführen, ab ei-

154 nem Vermögen von 250 000,00 €. Selbst-
155 genutztes Wohneigentum bleibt ausge-
156 nommen.

157 – eine Transaktionssteuer ist einführen: 0,8
158 % auf den Handel mit Aktien und 0,1 % für
159 Derivate von Aktien einschließlich der Spot-
160 marktgeschäfte.

161 – eine Übergewinnsteuer, mit der Überge-
162 winne mit einer einmalig erhobenen, so-
163 genannten Windfall-Tax besteuert werden.
164 Eine Vielzahl von Unternehmen nutzen die
165 derzeitige Krise aus, um ihre Profite auf Kos-
166 ten von Kunden und Verbraucher:innen zu
167 steigern. Eine profitgetriebene Inflation zu-
168 lasten ohnehin gebeutelter Verbraucher:in-
169 nen muss unbedingt verhindert werden.

170 – es muss zudem sichergestellt werden,
171 dass die Entlastungen durch beschlossene
172 Steuersenkungen oder Reduzierungen von
173 Umlagen durch eine Verpflichtung der An-
174 bieter an die Verbraucher:innen weiterge-
175 ben werden müssen.

176 – die Personelle Basis im Steuervollzug ist
177 aufzustocken

178 Die Steuerpolitik der vergangenen Jah-
179 re hat die Verteilungsungerechtigkeit
180 vergrößert und den Handlungs- und Ge-
181 staltungsspielraum des Staates eingeengt.
182 Das Steuersystem orientiert sich nicht
183 hinreichend an der finanziellen Leistungs-
184 fähigkeit der Steuerzahler:innen, sondern
185 begünstigt hohe Einkommen, Unter-
186 nehmengewinne und große Vermögen.
187 Gerade Menschen, die über viel Geld ver-
188 fügen, zahlen also im Verhältnis weniger
189 in die öffentlichen Kassen als mittlere
190 und kleine Einkommen. Angesichts der
191 aktuellen gesellschaftlichen Herausfor-
192 derungen, ist dies aus unserer Sicht nicht
193 länger haltbar. Auch hier stehen wir an der

194 Seite der Gewerkschaften. Wir brauchen
195 ein sozial gerechtes Steuersystem als ein
196 wichtiger Baustein für eine gerechtere
197 Gesellschaft und das insgesamt höhere
198 Staatseinnahmen als heute sichert.

199 Es braucht öffentliche Investitionen an al-
200 len Ecken und Enden. Für den Breitband-
201 ausbau, eine nachhaltige Verkehrsinfra-
202 struktur, eine beschleunigte und bezahl-
203 bare Energiewende, den Klima- und Um-
204 weltschutz, Smarte Städte, in Forschung
205 und Entwicklung, unter anderem für mehr
206 Personal in den Behörden, Gesundheits-
207 ämtern, Krankenhäusern, der Pflegebran-
208 che und dem Bildungswesen, die bessere
209 Ausstattung von Schulen mit digitalen Ge-
210 räten, die Unterstützung der Wirtschaft mit
211 Hilfgeldern. Klar ist: Von diesen Investitio-
212 nen profitieren alle. Wie können sie gerecht
213 aus Steuergeldern finanziert werden?

214 Wir wollen, dass Beschäftigte und Fami-
215 lien entlastet und große Vermögen wie-
216 der stärker in die Verantwortung genom-
217 men werden. Wir brauchen eine Reform der
218 Lohn- und Einkommensteuer, um die Steu-
219 erzahler:innen angemessen und nach ih-
220 rer finanziellen Leistungsfähigkeit zu be-
221 teiligen. Wir unterstützen die Pläne des
222 DGBs und seiner Einzelgewerkschaften. Da-
223 nach müssten 95 Prozent der Steuerpflich-
224 tigen weniger zahlen und nur Spitzenver-
225 diener:innen mehr. Damit würde die Ein-
226 nahmebasis des Staates um insgesamt et-
227 wa 60 Milliarden Euro gestärkt.

228 Wir unterstützen das steuerpolitische Ge-
229 samtkonzept des DGB und fordern:

230 – Arbeitnehmer:innen sollen von einem
231 höheren Grundfreibetrag profitieren, des-
232 halb die Anhebung des Grundfreibetrags
233 auf 14.500 Euro

234 – gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogres-
235 sion
236 – Spitzensteuersatz ab 85.000 Euro auf
237 49 Prozent anheben. Der Spitzensteuersatz
238 soll erhöht werden, dafür erst später grei-
239 fen, die Reichensteuer dafür früher
240 – Reichensteuersatz von 52 Prozent ab
241 135.000 Euro
242 – Pendlerpauschale zu Mobilitätsgeld um-
243 gestalten
244 – Kindergrundsicherung statt Kinderfreibe-
245 träge
246 – Ehegattensplitting überwinden
247 – Rentenbesteuerung vereinfachen und
248 Doppelbesteuerung beenden
249 – Dividenden sollen wie Arbeitseinkom-
250 men behandelt werden. Die pauschale Ab-
251 geltungssteuer von 25 Prozent soll abge-
252 schafft werden und für alle Kapitaleinkünf-
253 te der persönliche Steuersatz gelten.
254 – Spitzenverdiener:innen und Vermögen-
255 de müssen wieder mehr zum Gemeinwe-
256 sen beitragen, von dem auch sie profitie-
257 ren. Deswegen soll die Vermögensteuer auf
258 Netto-Vermögen ab einer Million wieder
259 erhoben werden, die seit 25 Jahre ausge-
260 setzt ist. So könnten 28 Milliarden Euro im
261 Jahr mobilisiert werden
262 – Erbschaften und Schenkungen gerecht
263 besteuern. Sieben Milliarden würde eine
264 Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Be-
265 triebsvermögen bringen.
266 – Steuervergünstigungen für Unterneh-
267 men befristen
268 – Die Körperschaftsteuer auf Unterneh-
269 mensgewinne soll mittelfristig auf 25 Pro-
270 zent angehoben werden. Dies würde acht
271 Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen
272 – Finanztransaktionssteuer unverzüglich
273 einführen, die alle Finanzmärkte, -produkte

274 und -akteure umfasst, würde weitere 17
275 Milliarden Mehreinnahmen erzielen.

276 – Eine bessere personelle Ausstattung der
277 Finanzverwaltung

278 Das öffentliche Auftragswesen bietet
279 dem Staat ein großes ökonomisches
280 Steuerungs-potenzial, um gute Arbeitsbe-
281 dingungen zu fördern. In der Praxis werden
282 die hiermit verbundenen Möglichkeiten
283 derzeit jedoch nur eingeschränkt genutzt.
284 Dies gilt sowohl für die vergabespezi-
285 fischen Mindestlöhne als auch für die
286 Regelungen zur Tariftreue.

287 Die Arbeitsbedingungen sind ein wichti-
288 ger Faktor für die Lebensqualität und das
289 Wohlbefinden der Menschen. Eine faire Ge-
290 staltung der Arbeitsbedingungen ist daher
291 unerlässlich, um eine gerechte und men-
292 schenwürdige Arbeitswelt zu schaffen.

293 Die Gestaltung der Arbeitswelt durch Ta-
294 rifverträge muss der Standard in unserem
295 Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sein.
296 Deutschland ist weit entfernt von einer Ta-
297 rifbindung, wie es die europäische Min-
298 destlohnrichtlinie fordert. Die im Koaliti-
299 onsvertrag vereinbarten Maßnahmen wer-
300 den nicht ausreichen, um 80 Prozent Tarif-
301 bindung zu erreichen. Wir brauchen des-
302 halb verbindliche Maßnahmen und eine
303 schnelle wirksame Umsetzung.

304 Dazu braucht es stärkere Mitbestimmungs-
305 rechte der Betriebs- und Personalräte, da-
306 mit betriebliche Zukunftsvereinbarungen,
307 die mittel- und langfristige Investitions-
308 entscheidungen, Standortsicherung,
309 Kündigungsschutz und verbindliche
310 Personal- und Qualifizierungsplanung und
311 -entwicklung beinhalten, wenn nötig auch
312 erzwingbar vereinbart werden können,
313 - und damit unsichere Arbeitsverhält-

314 nisse wie Leiharbeit und Befristungen
315 eingedämmt werden.

316 Das ist die Chance, um den gesellschaft-
317 lichen Zusammenhalt und die Demokra-
318 tie in Deutschland und Europa zu sichern.
319 Angesichts des vor uns liegenden Wandels
320 und der beschriebenen Situation wollen
321 wir, dass der Wandel in Arbeitswelt und Ge-
322 sellschaft

323 – sozial gerecht und sicher

324 – im Sinne guter Arbeit,

325 – ökologisch nachhaltig,

326 – demokratisch im Sinne von mehr
327 politisch-gewerkschaftlicher Lenkung
328 und Mitbestimmung gestaltet wird und
329 somit Angst und Unsicherheiten bei den
330 Menschen verhindert.

331 Es ist dringend erforderlich, dass die Arbeit-
332 nehmerschaft und ihre Gewerkschaften zu
333 Akteuren der Veränderungen werden. Wir
334 wollen die Stimmen der Menschen hören,
335 die täglich für ihren Lebensunterhalt kämp-
336 fen, und gemeinsam mit ihnen politisch
337 handeln, um den Wandel zu gestalten.

338 Ohne reale Veränderungen hin zur De-
339 mokratisierung der Unternehmen und der
340 gesamten Wirtschaft, ohne eine Umver-
341 teilung von Macht und Einkommen wird
342 es keinen ökologisch-sozialen Umbau un-
343 serer Volkswirtschaft geben können. Im
344 Kern kann der Umbau nur im Produktions-
345 und Dienstleistungssektor, also in Betrie-
346 ben, Forschungseinrichtungen und Verwal-
347 tungen umgesetzt werden, dort wo die
348 menschliche Arbeit geleistet wird.

349 Die Arbeitgeber in Industrie und Dienstleis-
350 tung müssen ihre Strategien zur Bewälti-
351 gung des Wandels offenlegen und sie müs-
352 sen ihre Belegschaften an der Gestaltung
353 der Veränderungen beteiligen.

354 Der Umbau unserer Wirtschaft, der Wan-
355 del in der Gesellschaft und der Klimawan-
356 del sind aber auch soziale Fragen: Neo-
357 liberale, Konservative und teilweise grü-
358 ne Kräfte treffen sich an einem zentralen
359 Punkt: die Kosten der Transformation sol-
360 len über Preise auf die Masse der Verbrau-
361 cher abgewälzt und ihre beschäftigungs-
362 politischen „Kollateralschäden“ als Neben-
363 widerspruch der wissenschaftlichen Wahr-
364 heit in Kauf genommen werden. Umge-
365 kehrt werden Störungen auf den entfessel-
366 ten Weltmärkten, internationale Konflikte,
367 Spekulationen und tatsächliche Knapphei-
368 ten der Klimaschutzpolitik angelastet. Bis-
369 her ist noch nicht erkennbar, ob und wie
370 Kosten und Nutzen des Wandels gerecht
371 verteilt werden können

372 Es ist die historische Aufgabe und das Al-
373 leinstellungsmerkmal der Sozialdemokra-
374 tie, die soziale und humane Gestaltung des
375 Wandels im Bündnis mit den Gewerkschaf-
376 ten und unter Einbeziehung der gesam-
377 ten Arbeitnehmerschaft politisch zu pla-
378 nen, programmatisch voranzutreiben und
379 mehrheitsfähig zu machen. Die Bundesre-
380 gierung hat vieles auf den Weg gebracht.
381 Jetzt gilt es, die heimischen Kompetenzen
382 zu stärken, Wertschöpfungsketten zu stabi-
383 lisieren und neu aufzubauen und Beschäf-
384 tigung mit guten Arbeitsbedingungen zu
385 schaffen.

386 Durch die Digitalisierung werden in vie-
387 len Branchen die Arbeitsplatzeffekte durch
388 gegenläufige Prozesse geprägt: Wachstum
389 durch neue digitale Angebote sichert und
390 schafft Arbeitsplätze – Effizienzgewinne
391 durch Digitalisierung interner Prozesse ge-
392 fährden Beschäftigung. Noch stärker als di-
393 rekte Produktionsbereiche werden mögli-

394 cherweise die indirekten/klassischen Büro-
395 und Informationstätigkeiten (wie Buchhal-
396 tung, Sachbearbeitung, Engineering etc.)
397 unter Druck geraten. Vereinbarungen zum
398 Schutz der Beschäftigten sind notwendig,
399 damit die Digitalisierung in ihren Auswir-
400 kungen auf Leistungs- und Verhaltenskon-
401 trollen eingedämmt wird. In allen Berei-
402 chen bedarf es erheblicher Qualifizierungs-
403 anstrengungen, weil wir die Beschäftigten
404 auf neue Tätigkeiten vorbereiten müssen.

405 WIR BRAUCHEN EIN VERLÄSSLICHES
406 ÖFFENTLICHES MODERNISIERUNGSPRO-
407 GRAMM UND MASSIVE ÖFFENTLICHE
408 INVESTITIONEN:

409 Damit die sozialen, ökologischen und wirt-
410 schaftlichen Herausforderungen bewältigt
411 werden können und auch die Konjunk-
412 tur stabilisiert wird, ist ein groß ange-
413 legtes, verlässliches öffentliches Moderni-
414 sierungsprogramm unausweichlich. Ohne
415 massive öffentliche Investitionen lässt sich
416 der enorme Investitionsstau in Deutsch-
417 land nicht auflösen. Öffentliche Investitio-
418 nen stärken den sozialen Zusammenhalt,
419 fördern gleichwertige Lebensbedingungen
420 in ganz Deutschland und tragen zu Resili-
421 enz und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft
422 und der öffentlichen Daseinsvorsorge bei -
423 und sichern damit Wertschöpfung und die
424 guten Arbeitsplätze von morgen. Verpasst
425 Deutschland den Anschluss im Wandel und
426 im Klimaschutz, wäre das eine weitaus grö-
427 ßere Bürde für künftige Generationen als
428 ein temporär gestiegener Verschuldungs-
429 grad der öffentlichen Hand. Die investiti-
430 onsfeindliche Schuldenbremse passt nicht
431 zu den enormen Herausforderungen unse-
432 rer Zeit und muss abgeschafft werden.

433 Es gibt breite gesellschaftliche Mehrhei-

434 ten dafür, diese längst überfälligen Investi-
435 tionen zu realisieren. Diese sind allerdings
436 nur finanzierbar, wenn die ideologischen
437 Schuldenregeln flexibilisiert werden. Vor al-
438 lem in den Bereichen, die für den gesell-
439 schaftlichen Zusammenhalt entscheidend
440 sind, wie lebenswerte Städte und Gemein-
441 den, bezahlbarer Wohnraum, bedarfsorien-
442 tierter Nahverkehr, Krankenhäuser, Sport-
443 und Freizeiteinrichtungen sowie ein hoch-
444 wertiges Bildungssystem, wurde in den
445 letzten Jahren viel zu wenig getan. Der
446 akute Handlungsbedarf, gerade auch im
447 Gesundheits- und Bildungswesen, wurde
448 durch die Corona-Pandemie schonungslos
449 offengelegt.

450 Eine Vielzahl von Kommunen können die
451 steigenden Energiepreise gar nicht oder
452 kaum noch tragen. Mögliche Folgen: Schu-
453 len und öffentliche Gebäude wie Biblio-
454 theken oder Verwaltungen konnten nicht
455 mehr so stark beheizt werden, energiein-
456 tensive Infrastrukturen wie Schwimmbä-
457 der oder Turnhallen konnten unter Um-
458 ständen nur eingeschränkt betrieben oder
459 mussten ganz geschlossen werden. Perso-
460 nalausgaben können und sollten über ein
461 gerechteres Steuersystem finanziert wer-
462 den, während Investitionen in Infrastruk-
463 tur sinnvollerweise über Kredite finanziert
464 werden.

465 Die Tilgung der Schulden, die zur Bewäl-
466 tigung der Krisen aufgenommen wur-
467 den, darf deshalb nicht zu Sozialabbau
468 führen, für Einsparungen im öffentlichen
469 Dienst missbraucht werden oder wichtige
470 Investitionen in die Daseinsvorsorge und
471 die sozial-ökologische Transformation be-
472 hindern.

473 Angesichts der gewaltigen Investitionsbe-

474 darfe ist mit einer Politik der schwarzen
475 Null und weiterer Investitionszurückhal-
476 tung der Unternehmen die Verkehrs- und
477 Energiewende nicht zu bewältigen. In
478 Anbetracht riesiger Kapitalanlagen und
479 günstiger Finanzierungsbedingungen
480 (Investmentfonds halten Billionensum-
481 men bereit, die Aktienkurse liegen auf
482 Rekordniveau, die Gewinne im letzten
483 Jahrzehnt waren exorbitant, die Zinsen
484 sind extrem niedrig und die Eigenkapi-
485 talausstattung ist hoch), müssen Staat
486 und Politik vor allem einen berechenbaren
487 Rahmen und entsprechende Investitions-
488 anreize für die Industrie setzen, auch durch
489 entsprechende öffentliche Nachfrage.
490 (Öffentliche Verkehrsmittel, Beschaffung,
491 kommunale Finanzen...) Steuergelder, die
492 an Unternehmen gezahlt werden, müs-
493 sen an verbindliche Standards, Vorgaben
494 und Rückzahlungen gebunden werden.
495 Ansonsten soll deren Einsatz an Beschäf-
496 tigungssicherung, Qualifizierung, und
497 soziale Absicherung beschränkt bleiben.
498 Gewerkschaften und betriebliche Interes-
499 senvertretungen werden in die Kontrolle
500 wirtschafts- und strukturpolitischer För-
501 dermaßnahmen bislang nicht einbezogen.
502 Dies ist inakzeptabel, weil das struktur- und
503 wirtschaftspolitische Handeln des Staates
504 u.a. mit beschäftigungspolitischen Argu-
505 menten begründet wird. Gewerkschaften
506 und Betriebsräte haben die Kompetenz, zu
507 überprüfen, ob Arbeitnehmerschutzrechte
508 – die per Gesetz festgeschrieben sind – in
509 dem zu fördernden Betrieb eingehalten
510 werden. Insofern wäre es nur konsequent,
511 wenn die Beteiligung der Gewerkschaften
512 und der Betriebsräte verpflichtend für alle
513 Maßnahmen der nationalstaatlichen und

514 europäischen Wirtschaftsförderung einge-
515 bunden werden. Es gilt, ein Verfahren zu
516 entwickeln, das Unternehmen verpflichtet,
517 an allen Standorten Betriebsräte über be-
518 antragte Subventionen zu informieren und
519 das alle Subventionen gewährende Stellen
520 verpflichtet, vor Bewilligung die Arbeitneh-
521 mervertreter über ihre Gewerkschaften
522 anzuhören und zu beteiligen.

523 WIR BRAUCHEN SICHERE ARBEITSPLÄTZE
524 IN EINER STARKEN INDUSTRIE: Aktive In-
525 dustriepolitik bedeutet nicht nur politi-
526 sche Rahmenbedingungen für Investitio-
527 nen zu setzen, sondern auch aktives und
528 strategisches Handeln des Staates. Es ge-
529 nügt nicht, gute Arbeitsbedingungen als
530 Mittel zum Zweck der Fachkräftesicherung
531 zu behandeln. Vielmehr muss die gesam-
532 te Strategie als zentrales Ziel auf „Gute
533 Arbeit“ ausgerichtet sein. Daher müssen
534 staatliche Förderungen für Unternehmen
535 an Bedingungen geknüpft werden. Förde-
536 rung dürfen nur bewilligt werden, wenn
537 Unternehmen alle Bedingungen erfüllen, d.
538 h. Beschäftigungs-, Standortgarantien und
539 Garantien für Gute Arbeit (d. h. Mitbestim-
540 mung, Tarifbindung, Ausbildung). Die be-
541 währten Strukturen wie die Tarifautonomie
542 und Mitbestimmung können und sollten
543 genutzt werden.

544 Aktive Industriepolitik muss den Weg von
545 einer rein marktorientierten Klimapolitik
546 hin zu einem integrativen Ansatz weisen,
547 der Klima- und Energiepolitik mit industrie-
548 und strukturpolitischen Instrumenten ver-
549 bindet und die beschäftigungspolitische
550 Dimension in den Blick nimmt. Auch Sub-
551 ventionen an Unternehmen, die Ihre Wert-
552 schöpfungsketten klimaneutral transfor-
553 mieren wollen, sollten nur mit den oben

554 genannten Bedingungen der Guten Arbeit
555 verknüpft werden. Eine zukunftsfähige in-
556 dustrielle Basis einschließlich eines star-
557 ken Dienstleistungssektors, eines moder-
558 nen Handwerks und einer leistungsfähi-
559 gen öffentlichen Infrastruktur bleibt die
560 Erfolgsvoraussetzung unserer Wirtschaft.
561 Die regionale Wertschöpfung hat den wirt-
562 schaftlichen Nutzen, der durch die Produk-
563 tion und Verarbeitung von Rohstoffen und
564 Produkten in einer bestimmten Region ent-
565 steht. Sie ermöglicht, dass die Wirtschaft
566 und Gesellschaft in der Region wachsen
567 und sich entwickeln kann, ohne dass Wohl-
568 stand von außerhalb der Region abfließt.

569 WIR WOLLEN, DASS DIE POLITIK ... - den
570 Wandel aktiv begleitet und gestaltet, mit
571 Blick auf gute Arbeit der Zukunft und Kli-
572 maschutz.

573 Im Zentrum guter Industriepolitik stehen
574 stabile Arbeitsplätze und gute tarifvertrag-
575 lich abgesicherte Arbeitsbedingungen.

576 – alles daran setzt, die klimaneutrale Indus-
577 trie der Zukunft zu bauen. Es gilt, sie hier
578 bei uns in Deutschland und Europa zu hal-
579 ten, damit industrielle Wertschöpfung und
580 Beschäftigung in Deutschland eine Zukunft
581 haben – und der Wandel unseren sozialen
582 und ökologischen Standards gerecht wird.

583 – als industriepolitisches Augenmerk auf
584 die Stabilisierung von Lieferketten legt. Da-
585 zu braucht es gesamteuropäische Konzep-
586 te, um Abhängigkeiten und Umwelt- und
587 soziale Schäden zu reduzieren.

588 – die Transformation nicht den freien
589 Marktkräften überlässt, sondern sozial,
590 ökologisch und demokratisch gestal-
591 tet, mit den Beschäftigten gemeinsam.
592 Sonst drohen massive gesellschaftliche
593 Verwerfungen und Wohlstandsverluste.

594 – Eine aktive Industriepolitik vorantreibt,
595 mit Planungssicherheit, als kluge und ver-
596 lässliche Regulierung.

597 – Die Umsetzung des deutschen Liefer-
598 kettengesetzes und der europäischen Lie-
599 ferkettenrichtlinie durchsetzt. Sie sind In-
600 strumente, die Arbeitsbedingungen der Be-
601 schäftigten entlang globaler Wertschöp-
602 fungsketten im Sinne der Beschäftigten zu
603 beeinflussen.

604 – Die aktive deutsche Industriepolitik in ei-
605 ne gesamtheitliche europäische Industrie-
606 politik einbettet, nach dem Vorbild des IRA
607 in den USA

608 – weiter Förderinstrumente auf den Weg
609 bringt, die Standorte, Beschäftigung und
610 gute Arbeit sichern und zukunftsfest wei-
611 terentwickeln, die an Kriterien sozial ver-
612 antwortlicher und nachhaltiger Unterneh-
613 mensführung orientiert sind, den ökolo-
614 gischen Umbau fördern und vollständi-
615 ge industrielle Wertschöpfungsketten in
616 Deutschland bzw. Europa zum Ziel haben.

617 – dass Herausforderungen insbesondere
618 der Digitalisierung und des Klimawandels
619 mit Technologien „Made in Germany“ und
620 mit „Guter Arbeit“ bewältigt werden. Diese
621 Chancen sind sicherzustellen.

622 WIR BRAUCHEN MEHR TARIFBINDUNG:

623 Die Tarifbindung ist ein zentrales Element
624 für die Sicherung fairer Arbeitsbedingun-
625 gen. Wir setzen uns dafür ein, dass die
626 Tarifbindung in allen Branchen gestärkt
627 wird, denn das deutsche Modell der Tarif-
628 und Betriebspartnerschaft ist ein Erfolgs-
629 modell. Gerade auch in Zeiten von Krisen.
630 Die Beschäftigten verstehen das und sie er-
631 leben es jeden Tag in vielen unterschied-
632 lichen Wirtschaftsbranchen, denn gute Ar-
633 beit gibt es nur mit guten Tarifverträgen. Im

634 Schnitt bekommen Arbeitnehmende 844
635 Euro mehr Entgelt, wenn sie in einem Be-
636 trieb mit Tarifvertrag beschäftigt sind. Auch
637 die Arbeitsbedingungen sind mit Tarifver-
638 trag deutlich besser. Tarifverträge regeln
639 wesentlich mehr als nur Lohn und Gehalt.
640 Sie bieten den Arbeitnehmenden etwa bei
641 Arbeitszeit und Urlaub deutlich bessere
642 Konditionen als die gesetzlichen Vorga-
643 ben und sorgen auch bei Qualifizierung
644 oder Altersversorgung, Zahlung von Zula-
645 gen und Zuschlägen, beim Krankengeldzu-
646 schuss oder tariflichen Regelungen für El-
647 tern oder pflegende Angehörige für besse-
648 re Bedingungen oder sie regeln Personal-
649 bemessung und sichern Beschäftigung. Ta-
650 rifverträge ermöglichen eine stabile Unter-
651 nehmensplanung und sichern die Innova-
652 tionsfähigkeit der Unternehmen. Und sie
653 sind viel besser geeignet, die unterschiedli-
654 chen Realitäten in den Betrieben und Bran-
655 chen abzubilden, als es jede gesetzliche Re-
656 gelung könnte. Tarifverträge sind so flexibel
657 wie unsere Arbeitswelt divers ist.

658 Gegen alle Vernunft hat die Tarifbindung
659 aber in Deutschland weiter abgenommen.
660 Nur die Hälfte der Beschäftigten fallen heu-
661 te noch unter den Schutz von Tarifverträ-
662 gen. Nur noch in einem Viertel aller deut-
663 schen Betriebe gibt es überhaupt noch ei-
664 nen Tarifvertrag. Diese Entwicklung ist be-
665 drohlich, denn mit ihr ist eine fühlbare
666 Schlechterstellung der Beschäftigten ver-
667 bunden. Betriebe ohne Tarifvertrag haben
668 deutlich schlechtere Lohn- und Arbeitsbe-
669 dingungen als vergleichbare Betriebe mit
670 Tarifbindung.

671 Nach einer Studie des Wirtschafts- und So-
672 zialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der
673 Hans-Böckler-Stiftung arbeiten Vollzeitbe-

674 schäftigte in tariflosen Betrieben wöchent-
675 lich im Durchschnitt fast eine Stunde län-
676 ger und verdienen zudem 11 Prozent weni-
677 ger als Beschäftigte in vergleichbaren Be-
678 trieben mit Tarifbindung. Dieser Entwick-
679 lung muss entschlossen entgegengetreten
680 werden.

681 Wir fordern ein eindeutiges, klares Signal
682 an die Menschen in unserem Land, dass
683 es 2024 einen Aufbruch für mehr Gerech-
684 tigkeit und Fairness in der Arbeitswelt ge-
685 ben wird. Heute setzen FDP und Arbeit-
686 geber alles daran, dieses Ziel über einen
687 möglichst hohen Schwellenwert zu torpe-
688 dieren. Wer Tariftreue nur bei Aufträgen
689 über 50.000 Euro und mehr für angemes-
690 sen hält, der entzieht in Wirklichkeit staat-
691 liche Aufträge im Wert von zig Millionen
692 Euro dem Tarifgebot. Dies ist völlig inak-
693 zeptabel. Denn Tariffucht verursacht heute
694 schon einen volkswirtschaftlichen Schaden
695 von 130 Mrd. Euro jedes Jahr. Wir brauchen
696 schnell ein Tariftreuegesetz für die Stabi-
697 lität der Arbeits- und Lebensverhältnisse,
698 für die Zustimmung zu unserer Demokratie
699 und für die Akzeptanz der Sozialen Markt-
700 wirtschaft ohne Schlupflöcher und Ausnah-
701 men, wie etwa für Subunternehmer oder
702 Start-ups.

703 Auf europäischer Ebene hat der Rat der Eu-
704 ropäischen Union bereits am 4. Oktober
705 2022 mit einer EU-Richtlinie über angemes-
706 sene Mindestlöhne (EU-RL 2022/2041) die
707 Mitgliedstaaten verpflichtet, bei einer Tarif-
708 bindungsquote von unter 80%, einen natio-
709 nalen Aktionsplan zur Förderung von Tarif-
710 verträgen zu erstellen. Wir setzen uns da-
711 für ein, dass die Tarifbindung in allen Bran-
712 chen gestärkt wird. Dies kann durch ge-
713 setzliche Regelungen geschehen, die Un-

714 ternehmen dazu verpflichten, Tarifverträ-
715 ge einzuhalten und tarifgebundene Löh-
716 ne zu zahlen. Zudem sollten Anreize ge-
717 schaffen werden, um Unternehmen zur Ta-
718 rifbindung zu bewegen. Die AfA hat dazu
719 ein 10-Punkte-Aktionsprogramm mit Maß-
720 nahmen zur aktiven Förderung der Tarifbin-
721 dung vorgeschlagen.

722 Insbesondere fordern wir, dass umgehend
723 nachfolgende Maßnahmen umgesetzt
724 werden:

725 – KRITERIEN GUTER ARBEIT BEI ÖFFENT-
726 LICHE AUFTRAGSVERGABE ZWINGEND BE-
727 RÜCKSICHTIGEN.

728 Das öffentliche Auftragswesen bietet
729 dem Staat ein großes ökonomisches
730 Steuerungs-potenzial, um gute Arbeitsbe-
731 dingungen zu fördern. In der Praxis werden
732 die hiermit verbundenen Möglichkeiten
733 derzeit jedoch nur eingeschränkt genutzt.
734 Dies gilt sowohl für die vergabespezi-
735 fischen Mindestlöhne als auch für die
736 Regelungen zur Tariftreue. Wir fordern
737 Tariftreuevorgaben, die sich auf reprä-
738 sentative Tarifverträge beziehen und eine
739 gesetzlich stärkere Bindung zur Tariftreue-
740 regelung sowie zu Kriterien unbefristeter
741 Beschäftigung, Ausbildung und Standort-
742 perspektiven bei Auftragsvergaben auf
743 Bundes-, Länder- und Kommunalebene

744 – KEIN STAATLICHER EURO OHNE TARIFVER-
745 TRAG

746 Bei der Tarifbindung werden Bund, Länder
747 und Kommunen als Arbeit- und Auftragge-
748 ber mit gutem Beispiel vorangehen. Staatli-
749 che Ausgaben dürfen nicht länger für Lohn-
750 und Sozialdumping missbraucht werden.
751 Deshalb werden wir ein Bundestariftreue-
752 gesetz, in dem Auftragsvergaben des Bun-
753 des entlang der Wertschöpfungskette an

754 die Einhaltung der Mindeststandards der
755 einschlägigen Tarifregelung der betreffen-
756 den Branche gekoppelt werden, verabschie-
757 den. Auch auf kommunaler und Landesebe-
758 ne müssen Tariftreueregelungen verpflich-
759 tend werden. Staatliche Subventionen und
760 Förderungen werden fortan an die Tarif-
761 treue von Unternehmen gekoppelt.

762 – VERBANDSKLAGERECHT FÜR GEWERK- 763 SCHAFTEN EINFÜHREN

764 Wir werden ein arbeitsrechtliches Ver-
765 bandsklagerecht für zuständige, ggf. im
766 Betrieb vertretene Gewerkschaften geben,
767 um kollektiv die Einhaltung von Tarifverträ-
768 gen oder gesetzlichen Mindeststandards
769 einklagen zu können. Immer wieder gibt es
770 Arbeitgeber, die tarifvertragliche Regelun-
771 gen und gesetzliche Mindeststandards des
772 Arbeitsrechts verletzen. Arbeitnehmende
773 dürfen nicht darauf verwiesen werden,
774 auf Verbesserungen selbst hinwirken und
775 diese selbst einklagen zu müssen.

776 WIR BRAUCHEN DIE STÄRKUNG DER AR- 777 BEITNEHMER:INNEN IN DEN BETRIEBS-, 778 PERSONAL- UND AUFSICHTSRÄTEN.

779 Wir fordern, dass die Mitbestimmung der
780 Beschäftigten in Unternehmen gestärkt
781 wird. Arbeitnehmervertretungen müssen
782 in Entscheidungsprozesse einbezogen wer-
783 den, um die Interessen der Beschäftigten
784 zu wahren. Dies sollte auch die Förderung
785 von Betriebs- und Personalräten und an-
786 deren Formen der Mitbestimmung umfas-
787 sen. Deshalb brauchen wir stärkere Mit-
788 bestimmungsrechte der Betriebs- und Per-
789 sonalräte, damit betriebliche Zukunftsver-
790 einbarungen, die mittel- und langfristi-
791 ge Investitionsentscheidungen, Standorts-
792 cherung, Kündigungsschutz und verbindli-
793 che Personal- und Qualifizierungsplanung-

794 und Entwicklung beinhalten, wenn nötig
795 auch erzwingbar vereinbart werden kön-
796 nen. Insbesondere fordern wir,
797 – ein eigenständiges Recht der Betriebsräte
798 auf Erstellung eines Zukunfts- und ggf. Re-
799 strukturierungskonzepts mit externer Be-
800 ratung
801 – zwingendes Mitbestimmungsrecht beim
802 Interessenausgleich und bei Beschäfti-
803 gungssicherungsmaßnahmen
804 – eine Erweiterung der Mitbestimmung
805 von Betriebsräten bei Maßnahmen zur
806 Beschäftigungssicherung, bei Betriebsän-
807 derungen (Umorganisation, Produktions-
808 verlagerungen, Beschäftigungsabbau) und
809 durch ein zwingendes Mitbestimmungs-
810 recht beim Interessenausgleich
811 – dass Maßnahmen der Beschäftigungs-
812 sicherung, z.B. eine Beschäftigungs- und
813 Qualifizierungsgesellschaft, als Teil des So-
814 zialplanes vom Betriebsrat durchgesetzt
815 werden können.
816 – dass die Widerspruchsgründe bei Kün-
817 digungen, z.B. bei Entlassungen trotz
818 „schwarzer Zahlen“ erweitert werden
819 – die Stärkung der Wirtschaftsdemokra-
820 tie. Mitbestimmung ist ein Pluspunkt im
821 deutschen System und leistet ihren Beitrag
822 zur nachhaltigen Gestaltung unserer In-
823 dustrie. Sie wirkt im Interesse der Beschäf-
824 tigten auf die Unternehmenspolitik ein und
825 stärkt so mittel- bis langfristige Invest-
826 itionsentscheidungen, die für Innovations-
827 prozesse von großer Bedeutung sind. Ei-
828 ne Gestaltung der industriellen Beziehun-
829 gen nach wirtschaftsdemokratischen Prin-
830 zipien ist nicht nur in den Betrieben, son-
831 dern auch in Branchen bzw. in Clustern und
832 darüber hinaus erforderlich.
833 – eine härtere Bestrafung von Behinderung

834 gewerkschaftlicher Arbeit und bei Behinde-
835 rung von Betriebsräten sowie Betriebsrats-
836 gründungen

837 Empfänger:

838 SPD-Bundesparteitag

839 SPD-Parteikonvent

840 SPD-Parteivorstand

841 SPD-Bundestagsfraktion,

842 SPD-Landesparteitag RLP

843 SPD-Landtagsfraktion RLP

844 SPD-Landesvorstand RLP